

## KONJUNKTURREPORT

23. Jg., Ausgabe 3, September 2023

### Inflation und Zinserhöhungen bremsen die Konjunktur

Die **Weltwirtschaft** blieb im Frühjahr schwach. Zwar konnten alle großen Wirtschaftsblöcke positive Wachstumsraten erzielen, diese fielen aber gedämpft aus. Die hohe Inflation belastet den privaten Konsum, auch wenn sich angesichts robuster Arbeitsmärkte und in vielen Ländern gewährter fiskalpolitischer Stützungsmaßnahmen das Verbrauchervertrauen zuletzt aufgehellt hat. Die zur Bekämpfung der Inflation von den meisten Zentralbanken in den Industrieländern vorgenommenen kräftigen Zinsanhebungen bremsen die Investitionen. Darunter leidet das Verarbeitende Gewerbe, das sich seit einigen Monaten schwächer als die Dienstleistungen entwickelt. Nach Daten des niederländischen CPB sank die globale Industrieproduktion im zweiten Quartal um 0,5 % gegenüber dem ersten Jahresviertel. Indikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes deuten aber darauf hin, dass die Konjunkturschwäche nun auch die Dienstleistungen erfasst. Das steht im Einklang mit Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen, dass in der Regel ein Abschwung im Verarbeitenden Gewerbe einer Eintrübung im Dienstleistungsbereich vorauslief, es also nur vorübergehend zu einer Abkopplung der Dienstleistungen von der Industriekonjunktur kam. Im Einklang mit der schwachen Industrieproduktion war im bisherigen Jahresverlauf auch der Welthandel gedämpft. Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs war er um 1,9 % niedriger als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres.

Die Inflation geht nur langsam zurück. Dabei sinkt die Gesamtinflation schneller als die Kernrate ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel, weil momentan vor allem der Inflationsbeitrag der Energiepreise geringer wird. In den USA belief sich die Gesamtinflation im Juli auf 3,2 %, im Euroraum auf 5,3 %. Die Kerninflation betrug in den USA 4,7 % und im Euroraum 5,5 %. Laut einer Schnellschätzung erreichte im August im Euroraum sowohl die Gesamtinflation als auch die Kernrate 5,3 %.

In den **USA** blieb die Zunahme des saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal mit 0,5 % stabil, gestützt auf eine robuste Inlandsnachfrage. In **China** schwächte sich das Quartalswachstum von 2,2 % im ersten auf 0,8 % im zweiten Quartal ab. Zu der Abschwächung trugen das Abebben der Nachholeffekte

nach Beendigung der Null-Covid-Politik zum Jahreswechsel, schwache Exporte und Probleme im Immobiliensektor bei. Zudem ist die Jugendarbeitslosigkeit zuletzt deutlich gestiegen, woraufhin das chinesische Statistikamt die Veröffentlichung der entsprechenden Daten einstellte. In **Japan** stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal kräftig um 1,5 %. Maßgeblich dafür war eine deutliche Ausweitung der Exporte, während die Importe angesichts einer schwachen Inlandsnachfrage sanken. Im **Vereinigten Königreich** erhöhte sich das BIP mit 0,2 % nur wenig stärker als im ersten Quartal. Vor allem die Dienstleistungen waren gedämpft. Im **Euroraum** erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 0,1 %, in der **EU27** stagnierte es.

In **Österreich** ging das BIP im zweiten Quartal um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal zurück, nachdem es im ersten Quartal um 0,4 % zugelegt hatte. Der private Konsum sank angesichts der hohen Inflation um 1,4 %. Noch schwächer waren die Investitionen, die unter der hohen Unsicherheit, den Zinssteigerungen und den starken Anstiegen der Kosten für Baumaterialien in den beiden vergangenen Jahren litten. Entstehungsseitig war die Wertschöpfung vor allem im Handel, dem Verarbeitenden Gewerbe und der Bauwirtschaft rückläufig. Stützend wirkten nur wenige Dienstleistungsbereiche, etwa das Kreditwesen, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die öffentlichen Dienstleistungen.

Für die Bundesländer stehen derzeit Produktionsdaten bis Mai, für Österreich insgesamt bis Juni 2023 zur Verfügung. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 10,3 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen, während sie in ganz Österreich um 0,2 % zurückging. In saisonbereinigter Betrachtung zeigt sich aber auch in Kärnten zuletzt eine deutliche Abschwächung. Die Bauproduktion erhöhte sich in Kärnten im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai um 6,5 % (Hochbau: 6,4 %, Tiefbau: 6,8 %). In ganz Österreich stieg die Bauproduktion um 0,8 % (Hochbau: 0,5 %, Tiefbau: 2,5 %). Auch hier zeigen die saisonbereinigten Zahlen eine markante Abschwächung am aktuellen Rand. Die Konjunktur dürfte im weiteren Jahresverlauf schwach bleiben und nur allmählich Tritt fassen.

Klaus Weyerstraß

## Kommentar: Das Potenzial der Prozentrechnung

Der Europäische Rat von Lissabon hat im Jahr 2000 das Ziel definiert, wonach bis 2010 die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden“ soll, „einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen“.

Dieses Ziel ist mittlerweile nicht nur zeitlich weit entfernt, sondern auch inhaltlich, weil die EU von den Vereinigten Staaten immer weiter abgehängt wird. 2008 waren die Wirtschaftsleistungen der beiden Blöcke ungefähr gleich groß, aber seit der Finanzkrise divergieren die Wachstumsraten deutlich. 2022 war die US-Wirtschaft in Kaufkraftparitäten um fast ein Drittel größer als jene der EU. Der Austritt des Vereinigten Königreichs vergrößerte die Kluft auf beinahe 50 %.

Wir sind gewohnt Wirtschaftswachstumsraten von Jahr zu Jahr zu vergleichen. Dabei erscheinen geringe Differenzen nur wenig Unterschied zu machen. Dem ist jedoch nicht so: Die Differenz zwischen zwei Prozent Wachstum und drei Prozent ist nicht ein Prozent, sondern 50 Prozent. Über einen längeren Zeitraum betrachtet summieren sich die Differenzen gewaltig. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von drei Prozent braucht es knapp 24 Jahre zur Verdoppelung der Wirtschaftsleistung, bei zwei Prozent Wachstum 35 Jahre und bei einem Wachstum von einem Prozent 70 Jahre. Damit ergeben sich enorme Auswirkungen auf den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft.

Hält die unterschiedliche Entwicklung zwischen einem Durchschnittsamerikaner und einem Durchschnittseuropäer weiter an, könnte bis zum Jahr 2035 das Wohlstandsgefälle so groß sein, wie zwischen dem Durchschnittseuropäer und dem Durchschnittsindianer heute. Gestern noch in einer Liga mit den Vereinigten Staaten, in etwas mehr als 10 Jahren auf halbem Weg zwischen den USA und Indien. Zu diesem schockierenden Ergebnis kommt ein Policy Brief des *European Centre for International Political Economy*. Zahlreiche Faktoren tragen zu dieser divergierenden Entwicklung bei.

Die Vereinigten Staaten haben ungefähr ein Drittel mehr Arbeitskräfte als im Jahr 1990, Europa und Japan lediglich jeweils 10 % mehr. Arbeitskräfte in den USA verfügen auch öfter eine universitäre Ausbildung und sind deutlich produktiver.

Die europäische Technologielandschaft ist von US Firmen dominiert. Die sieben größten Technologiefirmen sind – gemessen an der Marktkapitalisierung – US-Unternehmen. Nur zwei europäische schaffen es in die Top 20: ASML und

SAP. In einigen Fällen wurden europäische Champions von US-Unternehmen gekauft, z.B. Skype von Microsoft, und DeepMind von Google. Auch die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz dürfte von US- und chinesischen Firmen dominiert werden. Amerikanische Firmen halten mehr als ein Fünftel aller im Ausland registrierten Patente, mehr als China und Deutschland zusammen.

Die fünf größten Finanzierungsquellen für private F&E-Aktivitäten befinden sich in den Vereinigten Staaten. Alleine diese fünf gaben 2022 mehr als 200 Mrd. Dollar für ihre Forschungsaktivitäten aus. Privates Kapital ist in den USA leichter verfügbar als in Europa. Gemäß Paul Achleitner (Deutsche Bank) ist Europa völlig abhängig vom US-Kapitalmarkt. Die EU ist zwar ein Binnenmarkt, am Papier also stärker integriert als die Freihandelszone von Kanada, USA und Mexiko, jedoch ist die praktische Integration gerade am Kapitalmarkt noch schwach ausgeprägt.

Auch am Energiemarkt ist Europa abhängig von den USA, welche der weltweit größte Produzent von Erdöl und Erdgas sind. Die militärische Abhängigkeit Europas von den USA wurde uns erst im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine schmerzlich bewusst.

Mehr als bedenklich ist das Zurückfallen Europas selbst in den Bereichen, in denen es bislang weltweit führend war, in den „lifestyle industries“ und bei Luxusgütern. Das Zurückfallen ist jedoch nicht verwunderlich. Wachstum wird häufig als böse betrachtet, Skepsis gegenüber Wirtschaft und Technik ist weit verbreitet, oft bereits in der Schule. Eine ideologisch einseitige Energie-, Industrie- und Klimapolitik trägt zur Deindustrialisierung Europas bei, und der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Leistung wird immer stärker verwischt. Herbeisubventionieren lässt sich Wohlstand nicht. Auch der große Bankomat in Frankfurt (EZB) ist nur bedingt hilfreich, wie die Inflationszahlen zeigen. Ob wirklich jemand glaubt, dass man mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 32 Stunden im internationalen Konzert mithalten können?

Um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie globale Umweltprobleme, öffentliche Verschuldung, Militärausgaben und demografische Entwicklung zu bewältigen, sollte Wachstum als Teil der Lösung betrachtet werden, weniger als Problem.

Diese Überlegungen können auch auf Kärnten übertragen werden. Um „nachhaltig“ auf die viel strapazierte „Überholspur“ zu kommen, ist es notwendig, über einen längeren Zeitraum ein im Bundesländervergleich überdurchschnittliches Wachstum zu erzielen. Der Zinseszinsseffekt des Wachstums wäre dabei behilflich. Das Potenzial der Prozentrechnung ist noch lange nicht ausgeschöpft.

Norbert Wohlgemuth

## Kommentar: Preisdeckel und Preistreiber

Forderungen nach Preisdeckeln und Preisbremsen sind spätestens seit der dramatischen Zunahme der Inflation in Mode gekommen. Bei Elektrizität wurde eine solche Bremse bereits implementiert: Haushaltskunden zahlen bis 30. Juni 2024(!) maximal 40 Cent netto pro kWh für einen jährlichen Verbrauch bis 2.900 kWh. Auch für Lebensmittel, einem weiteren bedeutenden „Inflationstreiber“, werden Preisbremsen gefordert, z.B. in Form eines niedrigeren Umsatzsteuerersatzes oder einer zumindest temporären Senkung auf null Prozent. Mittlerweile wird ein Preisdeckel auch für Kreditzinsen thematisiert: Der Zins ist der Preis des Geldes und wegen der in Folge der hohen Inflation notwendigen Erhöhung des Zinsniveaus durch die Zentralbanken hat auch die Zinsbelastung von Krediten deutlich zugenommen.

Forderungen nach Preisdeckeln und Preisregulierungen sollte man allerdings skeptisch gegenüberstehen, weil sie mit unerwünschten Nebenwirkungen verbunden sein können. Künstliche Preisobergrenzen können leicht zu Marktungleichgewichten führen und die optimale Verteilung von knappen Ressourcen behindern. Im Fall von Energie wird damit auch der Anreiz zum Energiesparen reduziert.

Bei Lebensmitteln stellte eine Umsatzsteuersenkung eine ganz besonders ineffiziente Maßnahme dar, weil sie den Finanzminister teuer zu stehen kommt und gleichzeitig wenig Entlastungswirkung entfaltet: Haushalte, die sich hohe Lebensmittelpreise leicht leisten können, kämen ebenfalls in den Genuss der Steuersenkung, die gegenfinanziert werden muss. Die Besteuerung von Lebensmitteln ist ohnehin fragwürdig: Wieso wird Kuhmilch mit 10 Prozent Umsatzsteuer belastet, Milchersatzprodukte jedoch mit 20?

Die Deckelung der Kreditzinsen wäre eine ebenfalls kontraproduktive Maßnahme. Zinsen werden erhöht, um damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu dämpfen, was wiederum einen moderierenden Effekt auf die Inflation ausüben soll. Die Forderung nach einer Deckelung der Kreditzinsen ist auch ein Lehrbuchbeispiel fürs Zocken: Jahrelang profitierten Kreditnehmer vom äußerst niedrigen Zinsniveau. Die in Österreich weit verbreiteten Immobilienkredite mit flexiblen Zinssätzen führen bei einem Anstieg des Zinsniveaus eben zu höheren Zinszahlungen. Statt zu jammern hätten Kreditnehmer Fixzinskredite zum Zeitpunkt niedriger Zinsen abschließen sollen. Dieses aktuelle Beispiel zeigt den Mangel an Finanzbildung in der Bevölkerung auf. Oder wird man von den Kreditinstituten schlecht beraten und in Kredite gedrängt, die man sich nicht leisten kann? Aber auch das wäre ein Fall von mangelndem Finanzwissen.

Hohe Preise sind oft auch Ergebnis eines mangelnden Interesses der öffentlichen Hand an mehr Transparenz und Wettbewerb. Gerade der Energiebereich ist dafür ein Vorzeigebispiel. In Österreich ist die Elektrizitätswirtschaft (Verbund und Landeselektrizitätsversorger) per Verfassungsgesetz (2. Verstaatlichungsgesetz) mehrheitlich in öffentlichem Eigentum. Politik und E-Wirtschaft sind eng miteinander verfilzt. Die bisherigen „Privatisierungen“ der E-Wirtschaft resultierten größtenteils in Querbeteiligungen unter den einzelnen Landesenergieversorgern. Bei der Kelag hat sich der Verbund eingekauft (35%), aber auch die RWE, ein europäischer Energiegigant (38%). Das Land Kärnten besitzt gerade noch 26 Prozent des Aktienkapitals.

Die öffentliche Hand steht in einem offensichtlichen Interessenskonflikt: Einerseits soll sie im Interesse der Konsumenten für einen funktionierenden Wettbewerb sorgen, gleichzeitig profitiert sie als Miteigentümerin von hohen Preisen und damit Dividenden. Als gelernte Österreicher wissen wir, wer dabei die Zeche zahlt, wenn eine Krähe der anderen kein Auge auskratzt. Bundeswettbewerbsbehörde und E-Control erscheinen machtlos.

Es ist schon interessant zu beobachten, wie ohnmächtig oder unwillig sich öffentliches Eigentum beim Durchsetzen öffentlichen Interesses in Form von niedrigeren Preisen zeigt („Die Preisgestaltung ist ein rein operatives Geschäft“). Vielleicht stellt eine Aktiengesellschaft nicht die optimale Rechtsform für (teil)verstaatlichte Unternehmen dar. Ich würde es bei der AG belassen und eine vollständige Privatisierung, die diese Bezeichnung verdient, vorschlagen. Damit erübrigte sich der Interessenskonflikt.

Vor fast drei Jahrzehnten wurden mit dem ersten Energiemarktpaket die nationalen Monopole der E-Wirtschaft aufgebrochen. Auf der europäischen Ebene ist die aktuelle Kommission jedoch untätig, wenn es um die Reform des Gemeinsamen Elektrizitätsbinnenmarktes geht. Ein Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs zeigt, dass die Europäische Kommission es seit Jahren verabsäumt, wirksame Regeln für die Integration der nationalen Energiemärkte und der Leitungsnetze zu schaffen und diese auch zu exekutieren. Dadurch entgehen wirtschaftliche Vorteile, die sich durch Preiskonvergenz aufgrund eines zunehmenden grenzüberschreitenden Handels ergeben würden.

Mit der Elektrifizierung von Mobilität und Raumwärme wird die Stellung der E-Wirtschaft auch in Zukunft eine dominante und ein Buch, welches ich zu meinen Studienzeiten gelesen habe, weiterhin aktuell sein: *Die Strom-Diktatur: von Hitler ermächtigt, bis heute ungebrochen*. Eckardt, Nikolaus; Meinerzhagen, Margitta; Jochimsen, Ulrich. Hamburg: Rasch und Röhling; 1985.

Norbert Wohlgemuth

## Wirtschaftskennzahlen im Überblick

### Beschäftigte nach Bundesland der Arbeitsstätte 2011, 2021, prozentuelle Veränderung 2011-2021

	2011	2021	%
Burgenland	113.592	131.119	15,4
Kärnten	251.496	269.138	7,0
Niederösterreich	699.978	786.672	12,4
Oberösterreich	729.543	816.601	11,9
Salzburg	287.238	320.689	11,6
Steiermark	581.706	661.574	13,7
Tirol	350.498	407.670	16,3
Vorarlberg	176.212	205.065	16,4
Wien	976.901	1.143.427	17,0
<b>Österreich</b>	<b>4.167.164</b>	<b>4.741.955</b>	<b>13,8</b>

Quelle: Statistik Austria, Arbeitsstättenzählung 2011 und 2021; eigene Darstellung KIHS

### Ausgaben für Lebensmittel nach Weltregionen in Prozent der Haushaltsausgaben

	2010-2012	2020-2022	2032
Nordamerika	5,9	5,8	5,0
Europa und Zentralasien	11,7	10,8	8,3
Ostasien	15,0	13,9	9,6
Naher Osten und Nordafrika	14,8	14,5	11,4
Lateinamerika und Karibik	15,7	16,3	13,0
Süd- und Südostasien	18,5	17,4	12,0
Sub-Sahara Afrika	23,8	22,8	18,3

Quelle: OECD-FAO Agricultural Outlook; eigene Darstellung KIHS

### Produktionsindex Juni 2023, Österreich prozentuelle Veränderung

	% zu Vorjahr	% zu Vormonat
<b>Insgesamt (ÖNACE B-F)</b>	<b>-3,4</b>	<b>-1,4</b>
Industrie (B-E)	-3,4	-2,0
Bauwesen (F)	-3,3	0,7
<b>Industrielle Hauptgruppen</b>		
Vorleistungen	-8,5	-1,3
Energie	-2,6	-6,6
Investitionsgüter	-0,3	-1,3
Gebrauchsgüter	-6,7	-2,8
Verbrauchsgüter	6,8	0,0

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

## Impressum

**Herausgeber:** KIHS  
**Adresse:** Universitätsstraße 65-67  
9020 Klagenfurt  
**E-Mail:** office@kihs.at  
**Website:** www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 7.9.2023

### Durchschnittliche Nettoeinkommen und durchschnittliche Steuer, 2020

je Einkommensbezieher/Einkommensbezieherin, €

	Durchschn. Nettoeinkommen, €	Durchschn. Gesamtsteuer, €
Burgenland	26.526	4.369
Kärnten	25.710	4.350
Niederösterreich	27.551	5.205
Oberösterreich	26.701	4.626
Salzburg	25.875	4.905
Steiermark	25.657	4.266
Tirol	25.205	4.655
Vorarlberg	27.384	5.583
Wien	26.607	5.768
<b>Österreich</b>	<b>26.472</b>	<b>4.948</b>

Quelle: Statistik Austria, Integrierte Statistik der Lohn- und Einkommensteuer 2020; eigene Darstellung KIHS

### Inflation im Euroraum und ihre Komponenten, jährliche und monatliche Rate Schnellschätzung – August 2023, %

	% zu Vorjahresmonat	% zu Vormonat
Gesamtindex Harmonisierter Verbraucherpreisindex	5,3	0,6
Lebensmittel, Alkohol, Tabak	9,8	0,1
>Unverarbeitete Lebensmittel	7,8	-0,6
Energie	-3,3	3,2
Industriegüter ohne Energie	4,8	0,6
Dienstleistungen	5,5	0,2

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

### Makroökonomische Indikatoren aktuelle Prognosen für 2023

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%)*	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbalance (% BIP)
USA	1,8	3,9	3,5	-2,8	-5,7
China	5,2	0,8	5,3	2,0	-2,8
Japan	1,3	2,9	2,7	2,9	-5,2
Großbritannien	0,3	6,7	4,2	-3,3	-4,3
Kanada	1,7	3,4	5,5	-0,6	-0,9
Euroraum	0,9	5,4	6,4	2,0	-3,3
Österreich	0,8	7,3	5,1	2,0	-2,4
Frankreich	1,0	5,4	7,1	-1,7	-5,0
Deutschland	-0,1	5,9	3,0	5,3	-2,3
Italien	1,1	6,1	7,4	0,9	-4,8
Schweiz	1,2	2,2	2,1	6,8	-0,7
Schweden	-0,2	7,0	6,2	4,2	-0,3
Dänemark	2,0	4,0	2,8	10,5	1,5

\*aktuellster verfügbarer Monatswert  
Quelle: The Economist; 2. September 2023  
eigene Darstellung KIHS